

Ampel verschiebt Beschluss zu U 81

Brücke oder Tunnel? Eigentlich sollte im September die Entscheidung zur Flughafen-Anbindung der neuen Stadtbahn fallen. Aber die Ampel-Koalition ringt noch um eine gemeinsame Linie. Der Beschluss fällt frühestens im Oktober.

VON ARNE LIEB

Die Debatte um die neue Bahn-Linie U 81 geht in die entscheidende Phase. Bis zum Herbst muss die Politik endgültig entscheiden, wie sie die Strecke in Lohausen hinter der Station Freilgrathplatz an den Flughafen anbinden will. Zur Wahl stehen nur noch zwei Varianten: die Brücke über den Nordstern, die bis zum Frühjahr als einziger förderungsfähige Möglichkeit galt, aber von Anwohnern in Lohausen entschieden bekämpft wird. Sie sorgen sich, dass ihre Häuser bald von dem Bauwerk überragt werden und die in der Gegend ohnehin hohe Lärm-belästigung steigt.

Die Alternative ist der Tunnel, den der damalige OB Dirk Elbers kurz vor der Kommunalwahl wieder ins Spiel gebracht hatte. Dass der die Anwohner besser vor Lärm schütten würde, ist unstrittig. Er hat allerdings den Nachteil, dass er nach aktuellen Berechnungen rund 28 Millionen Euro mehr als die Brücke kostet. Die Stadt geht davon aus, dass Land und Bund den Großteil übernehmen, so dass Düsseldorf nur neun Millionen Euro mehr als für eine Brücke zahlen müsste – ganz anders als die tatsächlichen Kosten einer Brücke sind strittig.

Die CDU machte gestern noch einmal deutlich, dass sie sich trotz der erheblichen Mehrkosten für die Tunnel-Lösung ausspricht. Parteichef Thomas Jarzombek, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Hartnigk und weitere Unionspolitiker trafen sich mit Anwoh-



So könnte die neue Brücke über die A 44 und den Nordstern aussehen. Ob sie gebaut wird, muss bald entschieden werden. FOTO: STADT



Der stellvertretende CDU-Fraktionschef Andreas Hartnigk (2. v.r.) und CDU-Chef Thomas Jarzombek (3.v.r.) redeten mit Anwohnern in Lohausen. RP-FOTO: BAUER

U 81 Die neue Stadtbahn soll zum Flughafen führen

Das Projekt Durch die U 81 soll der Flughafen an das Stadtbahnnetz angeschlossen werden. Ein Teil des ersten Abschnittes der neuen Strecke im Norden der Stadt führt über vorhandene Gleise vom Freilgrathplatz in Richtung Norden. Von dieser Trasse soll der Weg dann im Bereich des großen Kreuzungsbauwerks „Nordstern“ zum Flughafen fortgesetzt werden, wo am Terminal ein unterirdischer Bahnhof geplant ist.

Kosten Nach aktuellen Berechnungen im Verkehrsdzernat soll der Bau der neuen Linie 128 Millionen Euro (mit Brücke) oder 156 Millionen (mit Tunnel) kosten. Die Stadt muss 40 bis 50 Millionen Euro selbst zahlen.

nern der Lilienthalstraße, die besonders betroffen ist. Jarzombek geht nach einem Gespräch im Verkehrsministerium von einer Förderung aus. Die Mehrkosten seien zum Schutz der Anwohner gut investiert. „Man darf die Menschen nicht aus den Augen verlieren.“ Union und Anwohner betonen zudem, dass der Runde Tisch mit Anwohnern, Verwaltung und Politik den Tunnel empfohlen habe. „Dazu stehen wir weiter“, so Hartnigk.

In der kommenden Woche soll der Verkehrsausschuss als erstes politisches Gremium zwischen den Alternativen entscheiden. Die Politik

wird den Beschluss aber auf Oktober verschieben. Denn die U 81 gehört noch zu den Streitpunkten in den Verhandlungen um eine Ampel-Koalition. SPD, Grüne und FDP ringen um eine gemeinsame Linie. Die Verhandlungen werden noch Zeit brauchen. Erst nach den Herbstferien soll die Ampel-Koalition stehen – spätestens dann wird sich eine Entscheidung andeuten. Die Konfliktlinie verläuft vor allem zwischen der FDP und den anderen beiden Parteien. Die Liberalen hatten in der Zeit von Schwarz-Gelb den Runden Tisch mitinitiiert und wollen nun das Ergebnis der Bürgerbeteiligung akzeptieren, also den Tunnel. SPD und Grüne haben allerdings wegen der enormen Mehrkosten Zweifel. Beide Fraktionen wollen zunächst geklärt haben, dass die Stadt keinesfalls auf den vollen Kosten sitzenbleibt. Auch die dann noch verbliebenen mindestens neun Millionen Euro sorgen für Widerspruch. Das Geld könne man auch zur Schulsanierung gut gebrauchen, heißt es von einem führenden Sozialdemokraten. Brisant ist der hohe Zeitdruck des Projekts. Bis 2019 muss die neue U-Bahn fertig werden, damit die Förderung gewährt wird. Wenn sich der Rat Ende Oktober entscheidet, hat die Verwaltung rund sechs Wochen später Gewissheit, welche Variante sie umsetzen soll. Heikel sind aber vor allem mögliche Verzögerungen im Falle einer Entscheidung für die Brücke: Die Anwohner haben juristischen Widerstand angekündigt – das könnte den Bau so lange aufhalten, dass das Projekt in Gefahr gerät.